

## Stand und Entwicklungen der Beziehungen Schweiz–EU

### Allgemeine Beziehungen Schweiz-EU

- **Rückblick:** Treffen der EFTA-Gruppe mit dem Botschafter der Schweiz Jacques de Watteville in Brüssel. Dieser mahnt im Anschluss an, dass der Streit um die kantonalen Steuerpraktiken schnell beigelegt werden sollte (24.11.09); Der Lissabonner Vertrag tritt in Kraft (1.12.09); Der Regierungsrat des Kt. Luzern fordert eine Enttabuisierung der Beitrittsfrage (4.12.09); Der Staatsrat des Kt. Freiburg fordert den BR dazu auf, eine Debatte über eine EU-Mitgliedschaft anzustossen (5.12.09); Peter Maurer wird als Nachfolger von Michael Ambühl als Staatssekretär EDA bestimmt (14.1.); Die EFTA-Gruppe fordert von der EU-Kommission, ein Reflexionspapier über ein Rahmenabkommen mit der Schweiz zu erstellen (28.1.); Gemäss einer Umfrage des IB verläuft die Umsetzung der bilateralen Abkommen weitestgehend problemlos (2.2.); Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission für Alternative Investment Fund Managers enthält mit dem Verbot der Subdelegationen von Dienstleistungen für die Schweiz als Drittstaat diskriminierende Punkte (3.2); Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des EU-Parlaments, Klaus-Heiner Lehnen, fordert eine härtere Gangart gegenüber der Schweiz in fiskalischen Fragen (5.2.); Die neue EU-Kommission wird vom Europäischen Parlament bestätigt und nimmt ihre Arbeit auf. (9.2.); Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution, die den weltweiten automatischen Informationsaustausch fordert. Die Abgeordneten fordern in diesem Zusammenhang auch, dass die Verhandlungen über ein Betrugsbekämpfungsabkommen mit der Schweiz beschleunigt werden. Die EU müsse auch Sanktionsmodelle ausarbeiten. (12.2.); Die Regierung des Kt. Bern spricht sich für eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz aus (16.2.); Die EU unterstützt die Schweiz in der Libyen-Affäre mit Vermittlungen. Besonders Italien und Malta zeigen sich aber verärgert über die Schengen-Einreiseverbote der Schweiz für rund 150 Libyer (19.2.); EU-Diplomaten zeigen sich solidarisch mit der Schweiz und begeben sich als „Schutzschilder“ in die Schweizer Botschaft in Libyen. Die EU-Aussenminister bringen ihre Solidarität mit der Schweiz zum Ausdruck, üben aber auch Kritik am Verhalten der Schweiz im Umgang mit dem Schengen-System (23.2.); Bundespräsidentin Leuthard bedankt sich bei der spanischen Ratspräsidentschaft für die Vermittlungstätigkeit im Konflikt mit Libyen (23.2.).
- **Voraussichtliche Entwicklungen:** Debatte über den Aussenpolitischen Bericht 2009 (09.502, NR am 4.3., SR am 8.3.); Stellungnahme der Kantone zur Europapolitik (Frühling 2010); Neubewertung der europapolitischen Instrumente durch den BR (Frühling 2010); Veröffentlichung des Sicherheitspolitischen Berichts (Frühling 2010).
- *Kommentar: Nach der Inkraftsetzung des Vertrags von Lissabon und der Bestätigung der neuen Kommission durch das Parlament hat die EU wieder Fahrt aufgenommen. Die neue Kommission wird bis Oktober 2014 im Amt sein. Durch das Lissabonner Vertragswerk fand eine Machtverschiebung hin zu den Abgeordneten statt. Das Europäische Parlament hat mit seiner Ablehnung des Swift-Abkommens mit den USA gezeigt, dass es von seinen neuen Kompetenzen durchaus Gebrauch machen will. Dies ist auch eine für die Schweiz bedeutsame Entwicklung, da von nun an alle internationalen Abkommen der EU, einschliesslich der Handelsabkommen, der Zustimmung durch das EU-Parlament bedürfen. Dies wird die Grenzen des bilateralen Wegs noch augenscheinlicher machen, nicht nur bezüglich der Weiterentwicklung des Acquis, sondern besonders auch im Rahmen von Verhandlungen über neue Abkommen, wie etwa im Dienstleistungsbereich.*

## Zinsbesteuerung (bilaterale Abkommen über die Zinsbesteuerung und den Steuerbetrug, DBA, Revision von europäischen Richtlinien)

- Rückblick: Der BR beschliesst, dass alle neuen DBA dem fakultativen Referendum unterstehen sollen (27.11.09); Italien verlängert seine Steueramnestie (2.12.09); Das ECOFIN-Treffen verlief ohne konkreten Beschluss. Allerdings heisst es im Kompromissvorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft, dass Luxemburg und Österreich ihre Betrugsbekämpfungsabkommen erst dann ratifizieren müssen, wenn Drittstaaten wie die Schweiz das automatische Informationsaustauschsystem ebenfalls bis zum Ende der Übergangsfrist einführen werden (3.12.09); Die Bankiervereinigung propagiert in Brüssel ihr Projekt einer Abgeltungssteuer (Rubik) und stösst damit nur auf geringes Interesse (4.12.09); Frankreich ist in den Besitz von Kundendaten der Bank HSBC Genf gekommen (9.12.09); BR Merz legt das DBA mit Frankreich auf Eis (17.12.09); Italien verlängert die Steueramnestie bis zum 30.4. (18.12.09); Frankreich erklärt sich bereit, die gestohlenen Bankkundendaten an die Schweiz zurückzugeben, behält aber eine Kopie (22.12.09); Michael Ambühl wird zum Staatssekretär für internationale Finanz- und Steuerfragen ernannt (14.1.); Die spanische EU-Ratspräsidentschaft erklärt ihr Ziel, das Steuerpaket zur Betrugsbekämpfung, Ausweitung der Zinsbesteuerung und Ausdehnung der EU-internen Amtshilferichtlinien bis Juni 2010 verabschiedet zu haben (18.1.); Österreich und Luxemburg akzeptieren beim ECOFIN die EU-Betreibungsrichtlinie. Damit ist das Steuerpaket aufgebrochen (19.1.); Deutschland entschliesst sich zum Kauf einer CD mit Daten von Kunden schweizerischer Banken (4.2.); BR Merz erklärt, man könnte von der EU für den Automatischen Informationsaustausch einen Marktzugang für Finanzdienstleister fordern (7.2); Weiteren deutschen Bundesländern werden CD's angeboten (8.2.); Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution, welche den automatischen Informationsaustausch weltweit und ab 1.2.2014 in der ganzen EU fordert. Dadurch wird sich der Druck auf Österreich und Luxemburg und damit auch die Schweiz weiter erhöhen (10.2.) Frankreich und die Schweiz haben sich über die Auslegung des DBA geeinigt (12.2.).
- Voraussichtliche Entwicklungen: Bilaterale Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland über ein DBA gehen weiter (März); ECOFIN am 16.3. (Noch keine Traktanden); Die DBA mit Frankreich, Grossbritannien, Mexiko, Dänemark und den USA werden vom SR am 17.3. behandelt.
- *Kommentar: Die FAZ titelte am 5.2.2010 über die Schweiz: „In der Isolation ertappt“. Tatsächlich läuft die Schweiz Gefahr, dass sich das Verhältnis mit weiteren EU-Mitgliedern verschlechtern könnte. Nachdem bereits das Verhältnis mit Frankreich, Italien und Deutschland äusserst strapaziert ist, werden nun wohl auch die Niederlande, Belgien, Grossbritannien, Österreich und die Slowakei Zugang zu den gestohlenen Daten erhalten und von der Schweiz Auskunft über schwarze Konten ihrer Bürger wollen. Die Schweiz schliesslich droht unter noch grösseren Druck zu geraten, sollten Luxemburg und Österreich in der Frage des Informationsaustausches auf die Linie der anderen EU-Mitglieder einschwenken. Wie viel die Schweiz von ihrem Bankgeheimnis bewahren kann und will, ist noch immer nicht klar. Welche Gegenleistungen die Schweiz von der EU für allfällige weitere Konzessionen erhalten kann, hängt wohl auch stark von der Reaktionsgeschwindigkeit der Schweiz ab. Eine Abgeltungssteuer wie sie das Projekt Rubik vorsieht, stösst allerdings bei den allermeisten EU-Staaten auf wenig Gehör.*

## In Kürze

- **24-Stunden-Regel (Güterabkommen und Zollsicherheit):** Seit dem 1.7.09 wird das Abkommen vorläufig angewendet; Botschaft des Bundesrates über Zollerleichterungen und Zollsicherheit (27.11.09); Die APK-N hat das Abkommen zur 24h-Regel einstimmig genehmigt. Sie setzt aber ein Fragezeichen hinter die beschränkte Mitbestimmung im Zusammenhang mit der Übernahme von EU-Recht (26.1.); Folgende Etappen stehen an: Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (09.090, NR am 18.3.).
- **Schengen:** Seit dem 19.12.09 können Bürger aus Mazedonien, Serbien und Montenegro für Aufenthalte unter 3 Monaten ohne Visum in den Schengen-Raum reisen; Botschaft des BR zum Aussengrenzenfond (24.2.); Folgende Etappen stehen an: Schutz Personenbezogener Daten (09.073, SR am 1.3., NR am 3.3.); Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis (09.085, NR am 3.3.); Übernahme der Rückführungsrichtlinie und Änderung des AuG (09.087, SR am 18.3.).
- **Kohäsion:** Der SR heisst die Zahlungen des Beitrags von 257 Mio. Sfr. an Bulgarien und Rumänien gut (7.12.09).
- **Media:** Der BR hat die Ratifizierung des bislang provisorisch angewandten Abkommens beschlossen (4.12.09).
- **Bildung:** Der NR genehmigt das Abkommen zur Teilnahme an Bildungsprogrammen der EU (09.071, 10.12); BR Burkhalter unterzeichnet in Brüssel das Abkommen über eine Beteiligung der Schweiz am „EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme bis 2013“ (15.2.); Folgende Etappen stehen an: EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme bis 2013. Beteiligung der Schweiz (09.071, SR am 9.3.).
- **Personenfreizügigkeit:** Der BR schnürt ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung möglicher Missbräuche und Fehlentwicklungen (24.2.); Im Rahmen der ausserordentlichen Session „Zuwanderung“ werden zahlreiche Vorstösse zur Personenfreizügigkeit behandelt. (NR am 3.3.; SR am 18.3.).
- **Emissionshandelssystem:** Der BR verabschiedet ein Mandat für Verhandlungen über die Anbindung des schweizerischen Systems an das Emissionshandelssystem der EU. Bis 2013 soll ein bilaterales Abkommen dazu geschlossen werden (16.12.09); Die APK-N unterstützt mit 15:8 die Leitlinien des Verhandlungsmandats. Die Kommission legt Wert darauf, dass die Schweiz bei der Übernahme von Unionsrecht über eine angemessene Mitsprache verfügt. Die Minderheit lehnt das Mandat ab, da es eine Übernahme von EU-Recht ohne Gegenrecht für die Schweiz beinhaltet (26.1.).
- **Eurojust:** Botschaft des Bundesrates zum Zusammenarbeitsvertrag (4.12.09).
- **Elektrizität:** BR Leuenberger warnt davor, das Stromabkommen mit Steuerfragen verknüpfen zu wollen (11.1.); Das Elektrizitätsdossier zeigt geradezu emblematisch die Schwierigkeiten des bilateralen Wegs auf. Während man in den Verhandlungen seit 2 Jahren nicht weiter kommt, hat sich das Umfeld seit der Erteilung des Verhandlungsmandats erheblich verändert. Voraussichtlich muss dieses dem neuen Umfeld angepasst werden. Die EU wendet hier die Prinzipien vom 8.12.08 an (Parallelismus, Übernahme und Weiterentwicklung des Acquis, Einheitliche Anwendung auf Basis der Rechtsprechung des EuGH).
- **Agrarfreihandel:** Folgende Etappen stehen an: Landwirtschaftsgesetz. Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen. Differenzbereinigung betreffend flankierende Massnahmen (09.022, NR am 1.3., SR am 15.3.).